

Die Türkei und die Arabische Revolte: regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?

Bank, André

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bank, A. (2011). *Die Türkei und die Arabische Revolte: regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?* (GIGA Focus Nahost, 9). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-289121>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die Türkei und die Arabische Revolte: Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?

André Bank

Am 20. September 2011 sprach sich der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bei einem Treffen mit US-Präsident Barack Obama in New York erneut für ein Ende der Herrschaft Bashar al-Asads in Syrien aus. Seit dem Scheitern der letzten türkischen Vermittlungsinitiative am 9. August 2011 ist Ankara dazu übergegangen, offiziell einen Regimewechsel in Damaskus zu fordern.

Analyse

Die Arabische Revolte verändert seit Ende 2010 auch die nahöstliche Regionalordnung und beeinflusst zudem das Potenzial einzelner Staaten dahingehend, ob sie regionalpolitisch eine Chance haben, aufzusteigen oder ob ihnen eher ein Abstieg droht. Unter der AKP-Regierung von Ministerpräsident Erdoğan geriert sich die Türkei dabei einerseits als Vorbild für die arabischen Transformationsländer, andererseits ist ihre Regionalpolitik von Widersprüchen gekennzeichnet.

- Die türkische Nahostpolitik unter der AKP wird von Zielen des Wirtschafts- und Handelsausbaus sowie der „soft-power“-Generierung geleitet. Da das erste Anliegen Stabilität und die Zusammenarbeit mit autoritären Regimen voraussetzte, das zweite durch Erdoğan's Populismus immer wieder Instabilität produzierte, wurden bereits vor 2011 Zielkonflikte sichtbar.
- Zu Beginn der Arabischen Revolte befürwortete die türkische Regierung das Ende des Mubarak-Regimes in Ägypten. In Libyen verhielt sie sich aufgrund wirtschaftlicher Verflechtungen hingegen deutlich vorsichtiger und rückte erst im Verlauf der Zeit von Qaddafi ab.
- Für die Türkei stellt Syrien regionalpolitisch die größte Herausforderung dar. Mit einer Doppelstrategie aus direkten Angeboten an Asad bei gleichzeitigem Hofieren von Teilen der Opposition konnte sie bis August 2011 verschiedene Gesprächskanäle offen halten.
- Zusammen genommen lässt sich die vermeintliche „Sprunghaftigkeit“ der türkischen Regionalpolitik als weithin erfolgreiche Anpassung an die unterschiedlichen Transformationsprozesse der Arabischen Revolte bilanzieren. Gepaart mit Erdoğan's Populismus dürfte die Türkei auch aufgrund dieses Pragmatismus zumindest kurzfristig eine herausragende Stellung im Nahen Osten einnehmen.

Schlagwörter: Türkei, AKP, Naher Osten, Außenpolitik, regionale Ordnung

Der Aufstieg der AKP in der türkischen Politik

Die Türkei wird seit den Parlamentswahlen vom November 2002 von der konservativ-islamischen und wirtschaftsliberalen AKP, der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, regiert. Der jüngste Erfolg der AKP bei den Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011, bei denen die Partei unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan mit 49,9 Prozent der Stimmen prozentual gesehen ihr bisheriges Spitzenergebnis erreichte, unterstreicht ihre inzwischen hegemoniale Stellung in der türkischen Politik. Der immense Machtzuwachs der AKP ging mit der weitgehenden Entmachtung des türkischen Militärs einher, das in den beiden Jahrzehnten nach dem Putsch 1980 die politischen Geschicke des Landes weithin gelenkt hatte (Jung 2011).

Der zunehmende Einfluss und die Konsolidierung der AKP erklären sich erstens aus den politischen Liberalisierungsprozessen im Inneren, die von 2002 bis 2005 noch deutlich im Kontext der EU-Beitrittsperspektive standen. Weitreichende Reformen wurden in unterschiedlichen Bereichen wie der Verwaltung, der Justiz, den Medien und bei zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt. Zweitens profitierte die AKP vom starken Wachstum der türkischen Wirtschaft, das seit 2002 – mit Ausnahme der Jahre der internationalen Wirtschaftskrise 2008 und 2009 – mindestens vier und bisweilen sogar bis zu zehn Prozent betrug und den Aufstieg der Türkei in die G20 ermöglichte. Auch wenn die Gewinne weiterhin sehr ungleich verteilt sind und die Schere zwischen Arm und Reich unter der AKP nicht kleiner geworden ist, konnten Erdoğan und seine Partei aus dem Wirtschaftsboom politisches Kapital schlagen (Dağdas 2011). Mit der AKP hat zudem eine neue, teilweise außerhalb des traditionellen Wirtschaftszentrums Istanbul angesiedelte Bourgeoisie ökonomisch und politisch an Einfluss gewonnen. Diese bisweilen als „anatolische Tiger“ bezeichneten Unternehmer sind zum größten Teil im Unabhängigen Industrie- und Unternehmerverband MÜSIAD organisiert.

Schließlich trug drittens auch die Neuausrichtung der Außenpolitik durch die AKP-Regierung zu ihrer großen innenpolitischen Popularität bei. Traditionell ist die türkische Außenpolitik von einer tief im kemalistischen Staatsbildungsprozess verankerten Westorientierung geprägt, die vor allem durch die NATO-Mitgliedschaft des Landes seit 1952 sowie die seit Jahrzehnten bestehen-

den EU-Beitrittsambitionen deutlich wird. Auch wenn dieses Grundmoment während der 2000er Jahre bestehen blieb und in naher Zukunft bestehen bleiben dürfte, ist für die „neue türkische Außenpolitik“ unter der AKP eine stärkere „Multidimensionalität“ (Kramer 2010) und eine Diversifizierung der Allianzen jenseits des Westens charakteristisch (Pope 2010). Als Leitmotiv gilt dabei die von Ahmet Davutoğlu, dem heutigen Außenminister und früheren außenpolitischen Chefberater Erdoğans, geprägte strategische Doktrin der „Null-Probleme“ mit den Nachbarn: Statt einer zurückhaltenden, reaktiven und bisweilen von Verdächtigungen bestimmten Haltung gegenüber ihrem regionalen Umfeld sollte die Türkei Davutoğlu zu Folge pro-aktiv handeln und pragmatisch nach Möglichkeiten der Konfliktlösung und Kooperation suchen. Als Knotenpunkt und Brücke zwischen Westeuropa, dem Balkan, Osteuropa, dem Kaukasus, Zentralasien und dem Nahen Osten sei die Türkei für eine solche Außenpolitik geradezu prädestiniert.¹ Der Nahe Osten ist die Region, in der Davutoğlus Doktrin vor allem in der zweiten Regierungszeit der AKP ab 2007 am Umfassendsten umgesetzt wurde.

Die türkische Nahostpolitik bis 2011

Vor dem Hintergrund der „Null-Probleme“-Doktrin bestimmen zwei Determinanten länderübergreifend die türkische Nahostpolitik:

1. Die geo-ökonomische Zielsetzung, Wirtschaftsbeziehungen auszubauen und
2. das ideelle Interesse an der Generierung von „soft power“, also die Schaffung von ideologischer Unterstützung für die türkische Politik im Nahen Osten (Altunışık 2008; Pope 2010).

Die geo-ökonomischen Triebfedern der türkischen Nahostpolitik lassen sich dabei zunächst am unter der AKP-Regierung deutlich gestiegenen Investitions- und Handelsvolumen sowie an der Vielfalt der türkischen Wirtschaftspartner in der Region veranschaulichen.

In den Beziehungen zur Islamischen Republik Iran stand für die AKP-Regierung die Energiekooperation und besonders die verlässliche und

¹ Vgl. hierzu Davutoğlus vielzitierte Ausführungen in seinem Buch „Strategische Tiefe“, das neben dem türkischen Original (2001) auch in englischer Übersetzung (2010) vorliegt.

preisgünstige Erdgas- und Erdölversorgung im Vordergrund. Im Gegenzug waren türkische Unternehmen in Iran im Bau- und Infrastrukturbereich tätig. Diese außenwirtschaftspolitische Verflechtung erklärt auch, warum die türkische Regierung – trotz unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung – im Juni 2009 die kontroverse Wiederwahl des iranischen Präsidenten Mahmud Achmadienejad willkommen hieß und im UN-Sicherheitsrat, in dem die Türkei 2009 und 2010 einen Sitz als nicht permanentes Mitglied inne hatte, gegen eine Verschärfung der von den westlichen Staaten geforderten Sanktionen gegen Iran votierte.

Im kurdisch dominierten Nordirak sind die der AKP-Regierung eng verbundenen anatolischen Unternehmer seit Jahren wirtschaftlich immens aktiv, so dass das von der Kurdisch-Demokratischen Partei unter Mas'ud Barzani kontrollierte Gebiet bei einem etwaigen Grenzschluss seitens der Türkei in erhebliche wirtschaftliche Turbulenzen geriete. Auch mit Libyen unter Revolutionsführer Mu'ammar al-Qaddafi wurde eine ähnlich enge Wirtschaftskooperation wie mit Iran entwickelt: Während die Türkei libysches Erdöl importierte, waren türkische Bau-, Tourismus-, Energie- und Einzelhandelsunternehmen in Libyen tätig. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich für 2008 und 2009 jeweils auf knapp zehn Milliarden US-Dollar (Mattes 2011: 243 f.).

Auch die Annäherung zwischen der AKP-Regierung und Syrien unter Präsident Bashar al-Asad war in hohem Maß ökonomisch motiviert. Angesichts langjähriger türkisch-syrischer Feindseligkeiten, die noch 1998 fast in einen Krieg eskalierten, war die Herausbildung „brüderlicher Beziehungen“ zwischen Ankara und Damaskus mit einer Vielfalt an Kooperationen – einen Höhepunkt stellten dabei gemeinsame Kabinettsitzungen im Jahr 2010 dar – besonders bemerkenswert. In den Beziehungen zu Syrien hatte die Türkei zum einen grenznahe Investitionen und den Handel im Blickfeld. Zum anderen strebte sie an, einen neuen, vor allem über Jordanien führenden Transitweg für einheimische Produkte in die finanzstarken Golfmonarchien zu entwickeln. Mit der wirtschaftlichen Verflechtung 2009 wurden auch die Visabeschränkungen für syrische Staatsangehörige abgebaut, so dass Ende 2010 circa 60.000 Syrer monatlich die Türkei besuchten.

Neben geo-ökonomischen Interessen ist die Bildung von „soft power“ im Nahen Osten die zweite zentrale Determinante der türkischen Re-

gionalpolitik. Ministerpräsident Erdoğan, Außenminister Davutoğlu und auch Staatspräsident Abdullah Gül (ebenfalls AKP) bedienten sich hierfür vor allem zweier Taktiken: Zum einen deuteten sie in ihren regionalpolitischen Reden und Verlautbarungen immer wieder, wenn auch zu meist indirekt und verklausuliert, eine Art „türkisches Modell“ für den Nahen Osten an. Dieses setzt sich – unterschiedlich pointiert – aus den Elementen Pluralismus und Parteiendemokratie, erfolgreicher Wirtschaft, religiös-kultureller Authentizität und relativer außenpolitischer Unabhängigkeit zusammen und zeigt damit die Selbstbeschreibung der türkischen Regierung unter der AKP auf.

Zum anderen entwickelte die türkische Regierung nach Beginn des Gazakrieges am 27. Dezember 2008 eine stärkere anti-israelische und pro-palästinensische Rhetorik, die bisweilen deutlich populistisch ausfiel. Der Hintergrund hierfür war die sichtliche Irritation Ankaras, trotz seiner intensiven Vermittlung zwischen Israel und Syrien seit Mai 2008 von der israelischen Regierung unter Ministerpräsident Ehud Olmert nicht über den unmittelbar bevorstehenden Kriegsbeginn im Gazastreifen in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Hinzu kam die sichtbare Erschütterung über die israelische Kriegsführung, die zum Tod von 1.300 – fast ausschließlich palästinensischen – Zivilisten geführt hatte. Beim Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos Ende Januar 2009 wandte sich Ministerpräsident Erdoğan erstmals unverhohlen gegen den israelischen Präsidenten Schimon Peres. Die Verschlechterung im türkisch-israelischen Verhältnis erreichte sodann mit der Affäre um die „Gaza-Flotille“ Ende Mai und Anfang Juni 2010 eine neue Stufe der Eskalation: Nachdem israelische Spezialeinheiten den vom türkischen Schiff Mavi Marmara angeführten Solidaritäts- und Hilfskonvoi im östlichen Mittelmeer geentert und bei dem Angriff acht türkische und einen amerikanisch-türkischen Staatsangehörigen getötet hatten, eskalierten die türkisch-israelischen Auseinandersetzungen in einem bis dato nicht dagewesenen Maß. Während die israelische Seite auf der Illegalität der Gaza-Hilfsflotte, den Provokationen ihrer Besatzungsmitglieder und der essentiellen Verteidigungshaltung der eigenen Spezialeinheiten beharrte, verlangte die türkische Seite eine juristische Verfolgung der israelischen Militärintervention in internationalen Gewässern und eine umfassende Entschuldigung Israels. Die verhärteten Positionen

hinsichtlich der Gazahilfsflotte verhinderten auch nach dem Sommer 2010 jegliche Versuche der Annäherung im türkisch-israelischen Verhältnis.

Im weiteren regionalen Kontext des Nahen Ostens hatte die dezidierte pro-palästinensische Haltung der Türkei zur Folge, dass sie sich noch stärker von Ägypten unter Präsident Hosni Mubarak absetzte und dessen pro-westliche und pro-israelische Positionierung in Bezug auf den Gazastreifen und die dort seit Juni 2007 herrschende islamistische Hamas geißelte. Gegenüber den ebenfalls als pro-westlich wahrgenommenen Regierungen Jordanien und Saudi-Arabien schlug die türkische Regierung hingegen wesentlich moderatere Töne an. Gerade in Bezug auf Saudi-Arabien spielen hierbei wiederum wirtschaftliche Erwägungen eine zentrale Rolle.

Wie die geo-ökonomische kann auch die ideale Strategie in der Außenpolitik der türkischen AKP-Regierung zum Nahen Osten als weithin erfolgreich bezeichnet werden. Sowohl die anti-israelische und pro-palästinensische Rhetorik als auch das Suggestieren eines „türkischen Modells“ wurden Meinungsumfragen zu Folge von weiten Teilen der arabischen Bevölkerungen gutgeheißen und Ministerpräsident Erdoğan von ihnen 2010 mehrheitlich gar zum beliebtesten Politiker weltweit bestimmt.² Die erfolgreich scheinende türkische Nahostpolitik unter der AKP darf aber nicht über den grundlegenden Zielkonflikt zwischen der geo-ökonomischen und der ideellen Determinante hinwegtäuschen: Einerseits setzt das türkische Interesse an Wirtschaftskooperation, Handel und Investitionen im Nahen Osten ein stabiles regionalpolitisches Umfeld und die pragmatische Zusammenarbeit mit den vorherrschenden autoritären Regimen voraus – sei es in Iran, dem Nordirak, Libyen, Syrien oder Saudi-Arabien. Andererseits wird durch die populistische Generierung von „soft power“ aber zugleich stets der regionalpolitische Status Quo im Nahen Osten, vor allem über den israelisch-palästinensischen Zentralkonflikt, in Frage gestellt. Dieser Grundwiderspruch führte u.a. dazu, dass die AKP-Regierung ihr „türkisches Modell“ jenseits der wirtschaftlichen Komponente gegenüber ihren wichtigen Handelspartnern Iran, Libyen und Syrien

nicht weiter propagierte. Damit wird der Pragmatismus, der für die türkische Nahostpolitik unter der AKP bestimmend ist, offensichtlich. Die Verschlechterung des türkisch-israelischen Verhältnisses seit 2009 zeigt aber auch, dass die Politik der „Null-Probleme mit Nachbarn“ nicht immer trägt und oft stärker türkischem Wunschdenken entspringt, als regionalpolitischen Realitäten entspricht.

Die Türkei und die Umbrüche in Nordafrika

Am Vorabend der Arabischen Revolte 2011 wies die Türkei unter der AKP-Regierung aufgrund ihrer erfolgreichen wirtschaftlichen Diversifizierung, kooperativer Beziehungen zu den einflussreichen Ländern Iran, Saudi-Arabien und Syrien sowie der Unterstützung breiter Teile der arabischen Bevölkerungen zentrale Merkmale einer Regionalmacht im Nahen Osten auf. Angesichts der starken Veränderungen, die seit Anfang 2011 von Nordafrika ausgehend die Gesamtregion prägen, hatte sie insofern potenziell einiges an politischem Einfluss zu verlieren. Wie reagierte die türkische Regierung auf die Umbrüche in den wichtigsten arabischen Staaten?

Wie die meisten anderen Regierungen wurde auch Ankara von der rasanten politischen Dynamik seit Januar 2011 überrascht. Zu den Entwicklungen in Tunesien verhielt sich die AKP-Regierung zunächst abwartend. Da die eigenen Wirtschaftsinteressen von dem kleinen nordafrikanischen Land kaum tangiert waren, sprach sie sich allgemein für die Notwendigkeit politischer Reformen und eine möglichst gewaltfreie Lösung des Konfliktes zwischen Regime und Protestbewegung aus. Nach der überraschend schnellen Flucht von Präsident Ben Ali ins saudi-arabische Exil am 14. Januar 2011 erklärte die türkische Regierung umgehend ihre Unterstützung für die tunesische Übergangsregierung.

Auch im Fall Ägyptens vermied es die türkische Regierung, sich bereits in den ersten Tagen der sozialen Massenproteste und damit möglicherweise allzu frühzeitig zu positionieren, was angesichts des enorm angespannten türkisch-ägyptischen Verhältnisses durchaus möglich gewesen wäre. Nach der Gewalteskalation zwischen Kräften des Mubarak-Regimes und den Demonstranten auf dem Tahrir-Platz in Kairo in den letzten Januartagen 2011 reagierte Ministerprä-

2 Vgl. <www.tesev.org.tr/UD_OBJS/PDF/DPT/OD/YYN/Arab-PerspectivesRapWeb.pdf> (online: 15.10.2011) und <www.brookings.edu/~media/Files/rc/reports/2010/08_arab_opinion_poll_telhami/08_arab_opinion_poll_telhami.pdf> (online: 15.10.2011).

sident Erdoğan am 1. Februar 2011 dann mit einer vielbeachteten Rede vor Parlamentariern seiner Partei, die in der arabischen Welt live übertragen wurde.³ Während US-Präsident Barack Obama fast zeitgleich eine Mäßigung auf beiden Seiten anmahnte, positionierte sich Erdoğan erstmals klar auf Seiten der ägyptischen Protestbewegung. Obwohl er sich nicht eindeutig für einen Rücktritt Mubaraks aussprach, können die direkt an den ägyptischen Präsidenten adressierten Ausführungen als Forderung nach einem notwendigen Rückzug Mubaraks aus der ägyptischen Politik interpretiert werden. Erdoğans Rede traf auf breite Zustimmung in der arabischen Öffentlichkeit, weil er als erster führender Politiker eines wichtigen Landes die ägyptische Protestbewegung unterstützt hatte. Nach dem Rücktritt Mubaraks am 11. Februar 2011 und der Machtübernahme durch den „Obersten Militärrat“ gelang es der türkischen Regierung, verschiedene Gesprächskanäle zu den wichtigsten Akteuren in der ägyptischen Politik nach Mubarak offen zu halten.

Hatte die türkische Regierung das Ende des Mubarak-Regimes in Ägypten relativ früh befürwortet, reagierte sie auf den Ausbruch von Gewalt in Libyen Mitte Februar 2011 wesentlich vorsichtiger (vgl. auch Faath 2011: 7 f.). Ankara sprach sich für eine gewaltfreie Lösung des Konfliktes zwischen dem Qaddafi-Regime und den primär ostlibyschen Rebellen aus und bot sich wiederholt als Vermittler an. Anders als in Tunesien waren in Libyen zentrale wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen der Türkei angesprochen: Aufgrund der engen Verflechtungen mit Tripolis arbeiteten zum Zeitpunkt der Gewalteskalation im Februar 2011 circa 30.000 türkische Staatsbürger in Libyen – vor allem im Bausektor. Aus Sicht der AKP-Regierung galt es daher, die Evakuierung der eigenen Landsleute sicherzustellen, was bis Mitte März 2011 erfolgreich gelang. Trotz der schnellen Gewalteskalation zwischen libyschen Regierungstruppen und oppositionellen Rebellen vermied es Ankara zunächst, allzu eindeutig von Revolutionsführer Qaddafi abzurücken. Ungeachtet dessen plädierte Ankara gegenüber dem libyschen Machthaber jedoch fortwährend für einen umfassenden Waffenstillstand. Von weiten Teilen der zuvor Ankara wohl gesonnenen arabischen Öffentlichkeit wurde die türkische Position kri-

tisiert, weil sie sich eben nicht an den Zielen der arabischen Protestbewegungen orientierte, sondern vordergründig enge national-türkische Interessen verfolgte.

Die flexible, bisweilen schwankende Mittelposition der Türkei zeigte sich zudem in ihrer Haltung zur UN-Sicherheitsratsresolution 1973 vom 17. März 2011, die für Libyen eine Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung vorsah: Auch wenn Ankara immer wieder seine Skepsis gegen ein allzu weites NATO-Mandat äußerte (Stichwort „UN-mandatiertes *regime change*“), stimmte die Türkei als NATO-Mitglied – im Gegensatz zum Beispiel zu Deutschland, Brasilien oder Indien – dennoch letztlich für die Resolution. Nach dem Scheitern verschiedener türkischer Vermittlungsangebote rief Erdoğan Anfang Mai 2011 Qaddafi öffentlich und direkt zum Rücktritt auf. Als Hauptursache für diese Haltungsänderung kann sicher die Erkenntnis gelten, dass sich durch die massive NATO-Intervention die innerlibyschen Gewichte deutlich zugunsten der oppositionellen Rebellen und dem Nationalen Übergangsrat verschoben hatten. Nach dem Wahlsieg der AKP bei den türkischen Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011 erkannte die Türkei den Übergangsrat als legitimen Vertreter des gesamten libyschen Volkes an. Nach der Einnahme von Tripolis durch die von der NATO unterstützten Rebellen Ende August 2011, die das Ende des Qaddafi-Regimes besiegelte, gehörte die Türkei zu den ersten Staaten, die ihre Botschaft in Tripolis wieder eröffnete und sich für eine umgehende Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen aussprach – jetzt mit dem Nationalen Übergangsrat als libyschem Gegenüber.

Die Türkei und die Revolte in Syrien

Für die Türkei stellt Syrien die größte außenpolitische Herausforderung im Kontext der Arabischen Revolte 2011 dar. Aufgrund der 850 Kilometer langen gemeinsamen Grenze und der Herausbildung „brüderlicher Beziehungen“ zwischen den beiden Ländern, die auf der bereits erwähnten Wirtschaftskooperation der Vorjahre basieren, hat jede größere Transformation in Syrien auch direkte und vielfältige Implikationen für die türkische Innenpolitik. Dies betrifft erstens den kurdischen politischen Aktivismus. Erst kürzlich hatte die Arbeiterpartei Kurdistans PKK, die

³ Vgl. für die englische Übersetzung der Rede: <www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=turkey-calls-on-mubarak-to-heed-calls-for-change-2011-02-01> (online: 30.09.2011).

in der jüngeren Vergangenheit eines ihrer zentralen Rückzugsgebiete in den kurdisch geprägten Nordosten Syriens verlagert hatte, wieder Anschläge in der Türkei verübt. Zweitens sind durch den gestiegenen Handel und die Visafreiheit für Syrer 2009 besonders enge Verflechtungen zwischen den grenznahen Regionen um Gaziantep und Antakya auf der türkischen sowie in und um Aleppo auf der syrischen Seite entstanden. Drittens besitzt die türkische Regierungspartei AKP gute Kontakte zur syrischen Opposition und insbesondere zur ebenfalls sunnitisch-konservativen Muslimbruderschaft, die vom syrischen Ba'th-Regime unter den Präsidenten Hafiz und Bashar al-Asad massiv verfolgt wurde und wird.

Als am 18. März 2011 in der südsyrischen Provinzstadt Daraa auf den Tod von drei Jugendlichen soziale Massenproteste folgten, die von syrischen Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen wurden, war die türkische Regierung in einem Dilemma: Aufgrund der strategischen Beziehungen und dem Interesse an einem stabilen Nachbarland durfte Ankara weder allzu weit von Präsident Asad abrücken, noch wegen ihres Zieles der Generierung von ideeller „soft power“ unter den arabischen Bevölkerungen im Nahen Osten aber auch als allzu nah beim autoritären Asad-Regime wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund verfolgte die AKP-Regierung seit Beginn der Proteste, die sich von Daraa ausgehend binnen weniger Tage nach Latakia im Westen, Dair az-Zawr im Osten sowie Homs und Hama im Zentrum Syriens und somit in fast alle Landesteile – mit Ausnahme der urbanen Zentren Damaskus und Aleppo – ausgebreitet hatten, eine Doppelstrategie:

Zum einen wurde gegenüber Asad zur Zurückhaltung beim Umgang mit den Protestierenden aufgerufen und die Implementierung weitreichender politischer Reformen gefordert. Dies geschah bereits vor der ersten Rede Asads vom 30. März 2011, welche die Hoffnungen auf Reformen vieler Syrer nachhaltig enttäuscht hatte, und wurde danach regelmäßig fortgeführt.⁴ Bis August 2011 reiste der türkische Außenminister Davutoğlu mehr als zehn Mal ins Nachbarland, um direkte Gespräche mit den Herrschenden in Damaskus zu führen.

Zum anderen begann die Türkei frühzeitig, die syrische Opposition zu hofieren. Bereits am 1. April 2011, also keine zwei Wochen nach Beginn der Proteste in Daraa, hielten Führer der syrischen Muslimbrüder in Istanbul eine Pressekonferenz ab, bei der die türkische Regierung zwar nicht als Gastgeberin fungierte, die aber auch nicht ohne ihre zumindest stillschweigende Akzeptanz hätte stattfinden können. In der Folgezeit, als sowohl die Protestintensität als auch die Regimerepression nochmals deutlich zunahmen, wurde die Türkei zum zentralen Treffpunkt und Koordinationsfeld für die syrische Opposition. Mehr als die Hälfte der größeren Konferenzen der syrischen Opposition im Jahr 2011 fanden in verschiedenen türkischen Städten statt: Am 26. April in Istanbul, am 2. Juni in Antalya, am 16. Juli in Istanbul, Mitte August in Istanbul, Ende August in Ankara und am 15. September wieder in Istanbul. Auch wenn die genauen Formen der Netzbildung und personellen Verflechtungen zwischen der AKP-Regierung und den syrischen Oppositionellen weiterhin unklar bleiben, können doch starke Einflussmöglichkeiten vorausgesetzt werden.

Als Anfang Juni 2011 das syrische Regime in die nordsyrische Provinzstadt Jisr ash-Shughur einmarschierte und den lokalen Aufstand gewaltsam niederschlug, kam es zu einer Massenflucht von nahezu 10.000 Syrern über die türkische Grenze. Ministerpräsident Erdoğan kritisierte darauf das syrische Regime in einer bis dato nicht dagewesenen Weise.⁵ Aus türkischer Sicht spielte hierbei nicht nur die Furcht vor einem Massenexodus und einer Destabilisierung der eigenen grenznahen Gebiete eine entscheidende Rolle. Betrachtet man den Zeitpunkt genauer, so erklärt sich die Reaktion Erdoğan's auch dadurch, dass die AKP-Regierung im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011 durch eine größere Distanz zum Asad-Regime der eigenen Klientel in der Türkei, die sich mit der syrischen Protestbewegung solidarisiert, entsprechen wollte. Nach ihrem Wahlsieg schien die AKP-Regierung zunächst wiederum die Niederschlagung der Proteste, von der sie sich weiterhin eine relative Re-Stabilisierung bei graduellen Reformen erhoffte, zu tolerieren. Als jedoch im Juli 2011 das syrische Regime zusehends international und vor allem auch regional (Abbruch der Beziehungen seitens Katar, Kuwait und Saudi-Arabien), in Isolation geriet, begann

⁴ Vgl. Strauss, Delphine (2011), Erdogan urges Assad to hasten reform, in: *Financial Times*, 28. März.

⁵ Vgl. *Today's Zaman*, 10. Juni 2011 und 17. Juni 2011.

auch Ankara sich wieder stärker abzusetzen. Zu Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan reiste der türkische Außenminister Davutoğlu am 9. August 2011 neuerlich nach Damaskus, um mächtigend auf den syrischen Präsidenten Asad einzuwirken. Nach dem Scheitern dieser türkischen Vermittlungsinitiative ist Ankara offiziell dazu übergegangen, einen Regimewechsel in Damaskus zu fordern – eine Haltung, die auch Ministerpräsident Erdoğan bei einem Treffen mit US-Präsident Obama am Rande der Sitzung der UN-Generalversammlung in New York am 20. September 2011 unterstrich.

Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?

Wie die Reaktionen auf die politischen Umbrüche in Nordafrika und den Konflikt in Syrien zeigen, ist die türkische Außenpolitik im Kontext der Arabischen Revolte 2011 von häufigen Positionswechseln gekennzeichnet: Während die AKP-Regierung unter Erdoğan in Ägypten relativ schnell das Ende des Mubarak-Regimes forderte, verhielt sie sich gegenüber Libyen aufgrund geo-ökonomischer Interessen deutlich vorsichtiger. Erst nach und nach rückte sie von Qaddafi ab, so dass sie – wie Erdoğan's vielbeachteter Staatsbesuch in Tripolis Mitte September 2011 unterstrich – in naher Zukunft eine prominente Rolle im libyschen Transformationsprozess spielen dürfte. Auch im Nachbarland Syrien hielt die Türkei aufgrund vielfältiger wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen an einer pragmatischen Mittelposition zwischen Asad-Regime und Opposition fest. Hierdurch gelang es ihr als einzigem Land, bis August 2011 verschiedene Gesprächskanäle offen zu halten. In dem Moment, als die Isolation des Asad-Regimes allzu deutlich wurde, setzte sich Ankara jedoch von Damaskus ab. Obwohl sich die Türkei offiziell für eine Ende Asads in Syrien ausspricht, agiert sie aufgrund der möglichen Destabilisierungseffekte weiterhin vorsichtig.

Bilanzierend lässt sich die vermeintliche „Sprunghaftigkeit“ der türkischen Außenpolitik unter der AKP als weithin erfolgreiche Anpassung an die unterschiedlichen Transformationsprozesse in Nordafrika und dem Nahen Osten seit Anfang 2011 betrachten. Obwohl Ankara potenziell viel durch die Arabische Revolte zu verlieren hatte, kann nach einem Dreivierteljahr doch ihr weiterer regionalpolitischer Aufstieg konstatiert wer-

den, da Staaten wie Iran, Saudi-Arabien und Israel deutlich weniger profitiert haben und die Situation in Ägypten noch nicht stabil ist. Auch wenn die türkische Regionalpolitik keineswegs frei von Widersprüchen ist, haben ihr dominanter Pragmatismus und ihr pro-aktives Engagement in verschiedenen regionalen Arenen zu ihrer herausragenden Position entscheidend beigetragen. Hinzu kommt, dass der seit Sommer 2011 wieder deutlicher werdende anti-israelische und pro-palästinensische Populismus Erdoğan's im Sinne der Generierung von „soft power“ von weiten Teilen der aktuell stärker mobilisierten arabischen Öffentlichkeit honoriert wird. Diese Mischung aus Pragmatismus und Populismus könnte der Türkei zumindest kurzfristig eine herausragende regionalpolitische Stellung im Nahen Osten sichern.

Literatur

- Altunışık, Meliha (2008), The Possibilities and Limits of Turkey's Soft Power in the Middle East, in: *Insight Turkey*, 10, 2, 41-54.
- Dağdas, Hüseyin (2011), Türkei: Wer profitiert vom Wirtschaftswachstum, in: *Inamo*, 67, 4-6.
- Faath, Sigrid (2011), *Die arabisch-türkischen Beziehungen 2011: Zukunftsfähig trotz Turbulenzen*, Hamburg: Edition Wuquf, 20, online: <www.wuquf.de/wuquf_online/wuquf_2011_20_arab_tuerk_beziehungen.pdf> (01.10.2011).
- Kramer, Heinz (2010), *AKP's „new“ foreign policy between vision and pragmatism*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Working Paper, FG 2 (Juni).
- Pope, Hugh (2010), Pax Ottomana? The Mixed Success of Turkey's New Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, 89, 6 (November/Dezember).

■ Der Autor

André Bank ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Autoritarismus und politische Transformation, Kriegs- und Friedensprozesse sowie Wandel regionaler Ordnung im Nahen Osten.

E-Mail: <bank@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/bank>>.

Der Autor dankt Timur Akhmetov und David Aufsess für die Unterstützung bei der empirischen Recherche.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Nichtdemokratische Regime“ politische Transformationsprozesse und das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Im Rahmen der „Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers“ und im Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ werden der regionale und globale Machtzuwachs sowie die Außenpolitiken aufstrebender Mächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Bank, André (2010), *Partner oder „Paria“? Syriens Nahostpolitik unter Bashar al-Asad*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

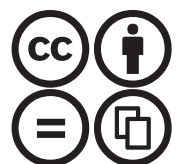
Jung, Dietrich (2011), *Auf dem Weg in eine neue Republik? Die Türkei nach dem Rücktritt des Generalstabs*, GIGA Focus Nahost, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Mattes, Hanspeter (2011), *Die Beziehungen der Maghrebstaaten zur Türkei*, in: Faath, Sigrid (Hrsg.), *Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation*, Baden-Baden: Nomos, 235-256.

Valbjørn, Morten, und André Bank (2011), *The New Arab Cold War: Rediscovering the Arab Dimension of Middle East Regional Politics*, in: *Review of International Studies*, i.E.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



IMPRESSUM